



Bericht der Demokratiekonferenz „Diskriminierung von Roma in Frankfurt am Main“ der Partnerschaft für Demokratie Frankfurt am Main



Kontakt:

Partnerschaft für Demokratie Frankfurt

Fach- und Koordinierungsstelle

Miriam Modalal

Bildungsstätte Anne Frank

Tel.: 069 56 000 241

mmodalal@bs-anne-frank.de

www.partnerschaft-demokratie-ffm.de

Bei der dritten Demokratiekonferenz der Partnerschaft für Demokratie Frankfurt war die Situation der hier lebenden Roma der thematische Schwerpunkt. Mit 90 Teilnehmer*innen aus Politik, Stadt und Verwaltung, aber sowie dem aktivistischen Spektrum, aus akademischen Kontexten und migrantischen Selbstorganisationen, war die Konferenz ausgesprochen gut besucht.

In ihrer Begrüßungsrede lobte die Frankfurter Bildungsdezernentin **Sylvia Weber** die Demokratiekonferenz als wichtige Gelegenheit, zivilgesellschaftliches Engagement zu zeigen. Demokratie müsse auch in einer Stadt wie Frankfurt, in der eine Vielfalt von Lebensmodellen zum Alltag gehört, immer wieder erkämpft werden. Momentan beunruhige sie vor allem der Ton, mit dem über die Bewohner*innen der Brache im Gutleutviertel gesprochen werde. Diesen Tendenzen müsse eine starke Kultur der Anerkennung entgegen gesetzt werden.

In diesem Zusammenhang dürfe auch Zuwanderung aus Osteuropa nicht als Problem dargestellt werden, so Weber weiter. Gleichermäßen dürfe nicht aus dem Blick geraten, dass Zuwanderer*innen aus Osteuropa – im Besonderen Sinti und Roma – auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt Diskriminierung erlebten. Eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung sei erst dann erreicht, wenn sich auch Sinti und Roma zu ihrer Herkunft und Identität bekennen könnten, ohne dafür ausgegrenzt zu werden oder um ihre Zukunft fürchten zu müssen.

Schließlich bedankte sich Weber bei den Teilnehmer*innen der Demokratiekonferenz dafür, dass sie sich engagierten und Handlungsempfehlungen respektive Lösungsvorschläge entwickelten, um ein friedliches Zusammenleben zu fördern. Erst durch diese Impulse könne die Politik die Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Die Podiumsdiskussion „**Aus dem Blick? Roma in Frankfurt**“ moderierte **Julia Eksner** von der Frankfurt University of Applied Sciences. Das Thema dieser Demokratiekonferenz habe sich gewissermaßen aus ihrer Studie „**Querschnitte von Neuzuwanderung und Marginalisierung in Frankfurt**“ ergeben, die vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten Frankfurt (Amka) sowie der Bildungsstätte Anne Frank in Auftrag gegeben und bei der letzten Demokratiekonferenz vorgestellt worden war. Durch die Studie sei klar geworden, dass die Problemlagen in Bezug auf Roma nicht ignoriert werden könnten. Roma in Frankfurt hätten sich in vielfacher Hinsicht als Hochrisikogruppe herausgestellt.

Die Podiumsteilnehmer*innen stellten sich und ihr Engagement für Roma in einer ersten Runde vor. **Joachim Brenner** beschäftigt im Förderverein Roma in Frankfurt rund 20 Mitarbeiter*innen, die teils selbst Roma sind und in der Erwachsenenbildung, der Jugendhilfe und dem Archiv des Vereins arbeiten - darunter **Smaranda Iuonas**, ebenfalls Podiumsteilnehmerin bei der Demokratiekonferenz. Das „katastrophale Problem“ für den Verein sei die Raumnot: Nach der Kündigung der bisherigen Räumlichkeiten sei es für den Verein fast unmöglich gewesen, neue Räume anzumieten. **Dr. Petra Tiarks-Jungk** bietet im Gesundheitsamt Frankfurt eine Humanitäre Sprechstunde an, bei der vor allem Menschen aus Subsahara-

Afrika und Südosteuropa eine Gesundheitsversorgung erhalten. Viele der rund 1500 Konsultationen im Jahr werden von Roma in Anspruch genommen. **Jürgen Mühlfeld** leitet das **Diakoniezentrum Weser5**, ein Projekt, in dem wohnungslose Menschen neben Notübernachtungsplätzen auch einen Tagestreff sowie eine Beratungsstelle nutzen können. Unter den Nutzer*innen des Angebots von Weser5 seien auch viele Roma. Zudem stehen die Mitarbeiter*innen seiner Einrichtung mit den Roma in Kontakt, die auf der Brache im Gutleutviertel leben.

Kenan Emimi vom Romazentrum Göttingen, der den Blick über Frankfurt hinaus ermöglichte, erwähnte vor allem die Rechercheisen nach Mazedonien, Tschechien und Ungarn: Dabei entstehen Fotobücher, welche die Vertreibung der Roma dokumentieren sollen. In Deutschland organisiert das Romazentrum Göttingen vor allem Proteste und Kundgebungen sowie Petitionen.

Auf die Frage, wie sich die Situation der Roma in Frankfurt für sie darstellt, antworteten die Podiumsteilnehmer*innen kritisch: Mühlfeld machte darauf aufmerksam, dass viele keinen Anspruch auf Sozialhilfe hätten und lediglich das Angebot der Tagesstätte nutzen könnten. In dessen Schließzeiten ab 17 Uhr abends hätten viele nicht einmal Zugang zu sanitären Anlagen. Viele der Klient*innen von Weser5 seien schon mehr als fünf Jahre in Deutschland und bestritten aus der Not heraus ihren Lebensunterhalt ausschließlich mit Flaschensammeln. Trotz der extrem schlechten Lebenssituation würden diese Roma nicht wieder in ihre Herkunftsländer zurückgehen, dessen müsse sich die Politik bewusst sein.

In diesem Zusammenhang erwähnte er auch die Brache im Gutleutviertel: Auf diesem Gelände, das einem in Italien inhaftierten Besitzer gehört, lebten derzeit 40 bis 50 Menschen in 30 Hütten und Verschlägen. Die Zustände dort seien besorgniserregend: Die Bewohner*innen lebten inmitten von Müllbergen, es gebe keine sanitären Anlagen, mittlerweile sei das Gelände von Ratten befallen. Derartige Zustände dürfe es in einer reichen Stadt wie Frankfurt nicht geben. Falls das Gelände tatsächlich im kommenden Jahr geräumt werde, müsse den Bewohner*innen eine Perspektive geboten werden.

Petra Tiarks-Jungk berichtete, dass die Roma, die ihre Sprechstunde besuchten, oft an chronischen Krankheiten wie etwa Diabetes litten. Das Gesundheitsbewusstsein sei eher gering, hinzu käme eine schlechte Ernährung aufgrund schlechter Lebensumstände. Die für Diabetiker notwendige gesunde Lebensweise könne oft nicht eingehalten werden. Um Ausbrüche von Masern zu verhindern, müssten die Kinder geimpft werden. Problematisch bei Gesundheitsdienstleistungen sei, dass Roma oft keine Krankenversicherung bekämen.

In der nächsten Runde wurden die Podiumsteilnehmer*innen aufgefordert, die konkreten Probleme zu benennen, die sie in ihrer Arbeit mit Roma wahrnehmen.

Smaranda Iuonas berichtete von ihrer Arbeit im Erwachsenenbildungsprojekt des Förderverein Roma, dass es äußerst schwierig sei, für Roma Arbeit, Wohnung oder auch nur eine*n Ärzt*in zu finden. Vor allem die mangelnden Deutschkenntnisse vieler Roma seien hierbei ein Problem, darüber hinaus hätten viele keinen Schulabschluss. Die individuellen Problemlagen seien sehr unterschiedlich und reichten bis zur

Obdachlosigkeit. Gemein sei jedoch vielen, dass sie keine Sozialleistungen erhalten und dass sie meist schon lange in Deutschland seien, also zwischen fünf und 30 Jahren. Joachim Brenner fügte hinzu, dass es im Erwachsenenbildungsprojekt Teilnehmer*innen gebe, die das Projekt jeden Tag besuchen, um sich zumindest eine kleine Perspektive aufzubauen, also etwa einen Minijob oder eine kleine Wohnung. Brenner betonte, dass viel Disziplin dazu gehöre, regelmäßig zum Erwachsenenbildungsprojekt zu kommen, um Deutsch zu lernen, wenn nicht einmal Schlafplatz und Nahrungsmittel gesichert seien.

Auf Julia Eksners Nachfrage nach positiven Beispielen erwähnte Brenner, dass es durchaus Unterschiede in der Situation von Roma gebe. In der Regel sei es jedoch schon positiv, wenn die betreffende Person einen Minijob habe und dabei nicht völlig ausgebeutet würde. Roma, die keine problematische Berufs- oder Wohnsituation hätten, würden jedoch oft nicht offen sagen, dass sie Roma sind und blieben daher in der gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung gewissermaßen unsichtbar.

Kenen Emini berichtete von seinen Rechercheisen durch Europa, dass die Situation der Roma in ganz Europa komplex sei. Aufgrund der jahrhundertelangen Geschichte von Verfolgung und Ausgrenzung hätten sich Roma gewissermaßen parallele Strukturen erschaffen. Diejenigen Roma, die nicht innerhalb dieser Strukturen lebten, sondern innerhalb der Mehrheitsgesellschaft, würden oft nicht zugeben, dass sie Roma sind, um nicht diskriminiert zu werden. Dadurch entstünde ein sehr begrenztes Bild von Roma, das vor allem von Armut geprägt sei – wodurch wiederum Ängste in der Mehrheitsgesellschaft geschürt würden. Emini berichtete von Roma in Deutschland, die seit 30 Jahren von Abschiebung bedroht sind. Einige würden immer wieder abgeschoben und kämen dennoch immer wieder nach Deutschland zurück, weil sie auch auf dem Balkan nicht willkommen seien und kein Zuhause fänden. Weil dieselben Menschen immer wieder nach Deutschland einreisten, sei die Zahl der Roma, die nach Deutschland einwandern, deshalb kleiner, als es die Statistiken vermuten ließen, sagte Emini. Die Kinder dieser Einwanderer*innen seien teilweise in Deutschland geboren, hätten aber keinen Aufenthaltsstatus. Diesen Menschen müsse Deutschland eine Chance geben, sich hier ein sicheres Leben aufzubauen.

Hinsichtlich der Situation von jungen Roma in der Schule oder beim Eintritt in den Arbeitsmarkt stellte Samaranda Iuonas vor allem die mangelnde Sprachkompetenz vieler Roma-Kinder als Problem in den Vordergrund. Der Förderverein Roma biete Lehrer*innen und Eltern von Roma-Kindern Vermittlungsgespräche an, um den Kindern den Einstieg in den Schulstoff zu erleichtern. Joachim Brenner fügte hinzu, dass viele Roma-Kinder mindestens einen Hauptschulabschluss schaffen würden, wenn sie entsprechend gefördert würden.

Um Diskriminierung von Roma vorzubeugen, müsste man bereits im Kindergarten aufklären – etwa indem man Broschüren über die Situation von Roma in Deutschland verteilt sowie über die jahrhundertealte Diskriminierung von Roma informiert.

Bevor die Diskussion für das Publikum geöffnet wurde, stellte Eksner die Frage nach Hoffnungen für die Arbeit mit Roma und nach positiven Erfahrungen in dieser Arbeit. Dabei berichtete Jürgen Mühlfeld von „Einzelfällen“, in denen etwa eine obdachlose Klientin Arbeit gefunden habe. Auch das Angebot, dass die B-Ebene der Hauptwache im Winter für obdachlose Menschen geöffnet sei, würde von einigen Roma genutzt. Petra Tiarks-Jungk nannte ebenfalls einen positiven Fall, in dem eine ältere Frau nach einem Schlaganfall einen Platz im Pflegeheim bekommen habe – für Roma sei dies aber eher ein Einzelfall. Sie habe die Hoffnung, dass Roma, die krank sind, nicht trotzdem arbeiten müssen, weil durch zu lange Fehlzeiten ihr prekärer Arbeitsplatz gefährdet sei.

Iuonas und Brenner berichteten von positiven Erlebnissen, wenn Klient*innen des Fördervereins in Arbeitsverhältnisse oder in die Schule vermittelt werden. Außerdem freue er sich über Solidarität von Mitbürger*innen, die sich etwa gegen die Abschiebung von Roma einsetzen. Auch die Selbstorganisation von Roma hob Brenner als positive Erfahrung bei seiner Arbeit hervor.

Kenan Emini sagte, dass er oft dramatische Szenen erlebe und es insofern schon als erfreulich empfinde, wenn sein Verein es schaffe, einen einzigen Menschen vor der Abschiebung zu bewahren. Als besonders herausragende Erfahrung in der Selbstorganisation von Roma nannte Emini das Filmprojekt „Die Mädchen machen einen Film“, bei dessen Aufführung viele Roma der Stadt im Gallus Theater zusammengekommen sind.

Die erste Wortmeldung aus dem Publikum fragte danach, warum an der Konferenz so wenige Roma teilnahmen. Miriam Modalal, Koordinatorin der Partnerschaft für Demokratie, erklärte, die Veranstalter*innen hätten zwar in einem breiten Spektrum Einladungen verteilt, allerdings bestünde wenig Kontakt zu Roma in Frankfurt. Diese Vernetzungslücke müsse in Zukunft geschlossen werden. Weitere Forderungen und Anmerkungen auf dem Publikum bezogen sich darauf, dass es eine Förderung für Roma-Kinder nach der Schule geben müsse und dass die Politik dafür Mittel bereitstellen müsse.

Auf die Podiumsdiskussion folgten vier parallele Diskussionsrunden zu unterschiedlichen Themen, deren Ergebnisse zum Abschluss der Konferenz von Teilnehmer*innen der Gruppe vorgestellt wurden.

Die Arbeitsgruppe **„Roma und Arbeit – Erwachsene Zuwander*innen auf dem Arbeitsmarkt“** setzte sich vor allem mit der Frage auseinander, welche Zugangsbarrieren für Erwachsene Roma bestehen, die versuchen, auf dem Arbeitsmarkt in Frankfurt Fuß zu fassen.

Robin Koss von der Koordinierungsstelle der Partnerschaft für Demokratie Frankfurt fasste die Ergebnisse der Gruppe zusammen, wobei er dem Spracherwerb ein besonderes Gewicht beimaß. Als Problem für den Zugang zu Sprachkursen stellte die Gruppe fest, dass viele Roma in prekären Verhältnissen arbeiteten und nach langen Arbeitstagen kaum noch Zeit bliebe, einen Sprachkurs zu besuchen. Umgekehrt müssten Ämter mehr Dolmetscher*innen bereitstellen, beziehungsweise transparent machen, dass es bereits Dolmetscher*innen gibt, die in Romanes übersetzen können. Des Weiteren müssten Mitarbeiter*innen auf Arbeitsämtern weitergebildet werden, um Roma kultursensibel beraten zu können.

In der Arbeitsgruppe, die sich mit „**Extremer Armut und Ausgrenzung von Roma**“ auseinandersetzte, ging es darum, wie die Stadtgesellschaft und die Organisationen beziehungsweise Institutionen damit umgehen können, dass Roma-Zuwander*innen aus EU-II-Staaten keinen rechtlichen Anspruch auf Hilfsdienste haben, diese aus humanitären Gründen jedoch eigentlich geleistet werden müssten. **Jürgen Mühlfeld** kritisierte in der Vorstellung der Ergebnisse eingangs, dass viele Sozialarbeiter*innen im Studium nichts über Antiziganismus lernten.

Da in dieser Arbeitsgruppe auch das Thema Brache diskutiert wurde, forderte Mühlfeld, den Dialog mit den Bewohner*innen der Brache zu fördern. Gemeinsam mit ihnen müssten Projekte und Ideen für die Zukunft entwickelt werden, mit denen ihre Existenz gesichert werden könne. Wenn der Müll dort weggeräumt und die Ratten bekämpft seien, könne man beispielsweise ein Förderprojekt aus der Brache machen.

Davon abgesehen müsste die Berichterstattung über Roma auch positive Aspekte enthalten, damit das öffentliche Bild der Roma nicht ausschließlich von Armut und Ausgrenzung geprägt sei.

Eine weitere Arbeitsgruppe mit dem Titel „**Praxis-Reflektion**“ erarbeitete Strategien, um die bereits gelaufenen Projekte und Interventionen im Bereich Antiziganismus beziehungsweise zur Verbesserung der Situation von Roma in Frankfurt zu reflektieren. Zusammen getragen wurden Erfahrungswerte und Kritikpunkte sowie Verbesserungsvorschläge für die Zukunft.

Pushpa Islam vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten stellte als wichtige Übereinkunft vor, dass Klient*innen in ihrer Lebenswelt abgeholt und ihnen damit der Zugang zu Angeboten erleichtert werden müsse. Beispielsweise müssten die Eltern von Roma-Kindern darüber informiert werden, welche Schulformen es gibt und welche Möglichkeiten für die Kinder bestehen.

Wichtiger Bestandteil der Arbeit im Bereich Antiziganismus sei auch das Wissen darum, welche Bedarfe bei den Klient*innen bestünden. Außerdem müssten unbedingt Vorurteile abgebaut werden, etwa durch differenzierte mediale Berichterstattung.

Als positives Beispiel wurde das eingangs erwähnte Filmprojekt „Die Mädchen machen einen Film“ hervorgehoben: Im Rahmen eines Jugendberufsbildungsprojektes des Förderverein Roma und unter Anleitung einer Medienpädagogin hatten acht Mädchen einen Film über ihre Lebenssituation gedreht, der im Sommer 2015 im Gallustheater uraufgeführt wurde.

„**Die Vorurteilsspirale**“ war Themenschwerpunkt der vierten Arbeitsgruppe. Ausgangspunkt der Diskussion war die Feststellung, dass sich Roma und nicht-Roma beispielsweise auf Ämtern und bei Hilfsdiensten oftmals mit gegenseitigen Vorannahmen und Vorurteilen begegneten. Diskutiert wurden Möglichkeiten, wie dieser Teufelskreis durchbrochen werden könne, also wie der Stigmatisierung und Diskriminierung in Ämtern, Institutionen und Gesellschaft etwas entgegen gesetzt werden könnte. Die Ergebnisse der Diskussion stellte **Dr. Uta George** vor. Sie betonte, dass eine selbstkritische Haltung unumgänglich sei. Ein wichtiger Punkt sei, dass es an Kontakt zu Betroffenen mangle, man also vor allem

auf institutioneller Ebene miteinander in Kontakt kommen müsse – etwa im Rahmen von Vermittlungsgesprächen.

Außerdem schlug die Gruppe vor, ein Unterstützungssystem mit Berater*innen zu gründen, die in Notlagen schnell Hilfe und Unterstützung bieten können.

Wie die Ergebnisse der Diskussion als Empfehlungen an die Politik formuliert werden und wie sie sich auf die Gesamtstrategie der Partnerschaft für Demokratie auswirken werden, wird der Begleitausschuss zeitnah erarbeiten.

Über die Partnerschaft für Demokratie

Die Partnerschaft für Demokratie Frankfurt wird gefördert durch das Bundesfamilienministerium im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und ist ein Kooperationsprojekt des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main und der Bildungsstätte Anne Frank. Eine demokratische Kultur der Vielfalt und Anerkennung bildet den besten Ansatz, um antidemokratischen Tendenzen und verschiedenen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit präventiv zu begegnen. Deshalb knüpfen die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie zu entwickelnden Projekte und Vernetzungen an die Umsetzung und Fortentwicklung des 2011 verabschiedeten „Frankfurter Integrations- und Diversitätskonzept für Stadt, Politik und Verwaltung“ an und ergänzen diese. Es werden Foren für offene Diskussionen eröffnet und gezielt Ansätze konstruktiver Konfliktbearbeitung, Strategien der Deeskalation, Kommunikation und zum Umgang mit Heterogenität und Diskriminierung gefördert.

In Kooperation mit

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

